



Antrag

Vorlage: AT/0098/2020		Datum: 22.05.2020			
Verfasser: 04-Ratsfraktion AfD		Az.:			
Betreff: Antrag der AfD-Stadtratsfraktion: Koblenz spart sich aus der Krise					
Gremienweg:					
04.06.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich		ohne BE abgesetzt geändert

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1) Die Stadt Koblenz verpflichtet sich zu einem konsequenten Sparkurs und höchster Ausgaben-
disziplin.
- 2) Bei den bevorstehenden Etatberatungen sind sämtliche Leistungsbereiche auf erzielbare Ein-
sparpotenziale hin zu überprüfen und einschneidende Kostenreduktionen zu beschließen, um
die Auflagen der ADD zu erfüllen und die krisenbedingten Fehlbeträge zu kompensieren.
- 3) Eine Erhöhung von Kommunalen Steuern und Abgaben ist bis auf weiteres ausgeschlossen.
- 4) Die vom Stadtrat beschlossenen „Maßnahmen der Stadt Koblenz zur Bewältigung der Klima-
krise“ werden zeitnah auf den Prüfstand gestellt, um negative Auswirkungen auf die regionale
Wirtschaft auszuschließen.

Begründung:

Das Land steht am Anfang der wohl schwersten Rezession der Nachkriegsgeschichte: Gewerbetrei-
bende kämpfen um ihre nackte Existenz, über 10 Millionen Arbeitnehmer befinden sich in Kurzarbeit
und blicken einer ungewissen Zukunft entgegen. Der „Lockdown“ hat bereits jetzt zu Steuerausfällen
in Höhe von mindestens 100 Milliarden Euro geführt und den Staat zu erheblichen ungeplanten Mehr-
ausgaben gezwungen. Rheinland-Pfalz wird jüngsten Schätzungen zufolge mindestens 2 Milliarden
Euro weniger einnehmen. Viele Kommunen stehen aufgrund wegfallender Gewerbesteuererinnahmen
vor der Zahlungsunfähigkeit und sind auf umfangreiche Bundeshilfen angewiesen. Folglich haben
Stadtvorstände landesweit zu drastischen Maßnahmen wie Haushaltssperren gegriffen und die De-
zernate angewiesen, höchste Ausgabendisziplin zu üben, ihre Etats laufend zu prüfen und auf genehmigte
Ausgaben zu verzichten, wo immer dies möglich ist.

Die Stadt Koblenz ist hochverschuldet und lebt über ihre Verhältnisse. Der aktuelle Haushaltsplan
rechnet für die Folgejahre mit signifikanten Defiziten, was einen Verstoß gegen das Haushaltsaus-
gleichsgebot darstellt. Die Haushaltsverfügung der ADD kommt zu dem Ergebnis, dass die derzeitige
Finanzplanung auf „anhaltenden Rechtsverstößen“ beruht und die Stadt einen rigiden Sparkurs ein-
schlagen muss, der über die geforderten Einsparungen im freiwilligen Leistungsbereich hinausgeht:
„Es sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die zu einer Verbesserung der städtischen Haushalts- und
Finanzlage beitragen. Sämtliche Leistungsbereiche gilt es vor allem auf erzielbare Einsparpotenziale,
aber auch auf Ertrags- und Einzahlungsverbesserungen zu untersuchen und diese gilt es auszuschöp-
fen.“

In die ADD-Verfügung sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht eingepreist. Krisenbedingte Mehraufwendungen und Mindererträge haben ein vorläufiges Haushaltsdefizit von über 30 Millionen Euro verursacht (Stand Mai 2019). Die tatsächlichen Fehlbeträge werden aller Voraussicht nach noch deutlich verheerender ausfallen. Bei den anstehenden Etatberatungen müssen deshalb einschneidende Kostenreduktionen beschlossen werden. Dass dabei auch etablierte Positionen und Stellen auf den Prüfstand gestellt werden, ist unvermeidlich und hat mit mangelnder Wertschätzung nichts zu tun. Debatten über Erhöhungen von Kommunalabgaben verbieten sich in Zeiten von Negativzinsen, Rekordsteuern und großflächigem Stellenabbau hingegen grundsätzlich.

Auswirkungen auf den Klimaschutz: -